

Leitantrag

Antrag L 01

Votum des LPT: mit Änderungen mehrheitlich angenommen

1 Demokratieoffensive Sachsen – Für ein Land, in dem jede Stimme zählt

- 2
- 3 Sachsen steht vor der Aufgabe sich zu erneuern. Vor fast 25 Jahren haben Menschen in
- 4 Sachsen in einer friedlichen Revolution ihre Freiheit und die Demokratie für unseren
- 5 Freistaat erkämpft. Das Leben ist besser geworden. Doch die Hoffnungen auf einen
- 6 weiterreichenden demokratischen Aufbruch haben sich noch nicht erfüllt.
- 7
- 8 Gemeinsam mit vielen Menschen in unserem Land fordern wir eine grundsätzliche
- 9 Weiterentwicklung unserer Demokratie. Wir wollen damit den Entwicklungen gerecht
- 10 werden, die in den vergangenen Jahrzehnten unsere Gesellschaft verändert haben.
- 11
- 12 Wir wollen diese Veränderungen sozial und demokratisch gestalten, um nicht von ihnen
- 13 bestimmt zu werden. Ausgehend von der Freiheit des Einzelnen und seinem Recht auf ein
- 14 selbstbestimmtes Leben ist nur die Demokratie dazu in der Lage, notwendige politische
- 15 Veränderungen zu bewältigen und dabei die Rechte eines jeden Einzelnen zu wahren. Um
- 16 diesem Gestaltungsanspruch gerecht zu werden, muss sich die Demokratie selbst
- 17 weiterentwickeln. Demokratie ist mehr als nur alle vier oder fünf Jahre zur Wahl aufgerufen
- 18 zu werden. Demokratie heißt für uns tatsächliche Beteiligung aller Menschen an den
- 19 Entscheidungen.
- 20
- 21 Viele Menschen in Sachsen sehen unsere Demokratie zunehmend in Schieflage. Sie sind
- 22 keine Gegnerinnen und Gegner der Demokratie. Ganz im Gegenteil: Die große Mehrheit der
- 23 Sächsischen und Sachsen unterstützt die Idee. Doch viele sind enorm unzufrieden mit dem
- 24 aktuellen Zustand der Demokratie in unserem Land.
- 25
- 26 Unsere Gesellschaft hat sich verändert: Die Wirtschaft agiert global. Mit wenigen Klicks
- 27 werden in Sekunden Milliardenbeträge umgesetzt. Die bisherige nationalstaatliche Politik
- 28 ist damit überfordert. Europa bestimmt immer stärker die Lebenswirklichkeit der Menschen,
- 29 auch in Sachsen. Doch dringend notwendige Reformen für mehr Demokratie in den
- 30 europäischen Institutionen kommen nicht voran. Die Gleichberechtigung der Frau ist zwar
- 31 in Gesetzen verankert. Doch noch lange nicht ist sie überall Realität. Bestehende, meist von
- 32 Männern geprägte Strukturen in Wirtschaft und Politik stehen einer wirklichen
- 33 Gleichstellung oftmals im Weg. Und schließlich driften die Einkommen und
- 34 Zukunftsperspektiven in unserem Land immer weiter auseinander. Die Menschen wünschen
- 35 sich mehr soziale Gerechtigkeit.
- 36
- 37 Wir erkennen fünf zentrale Herausforderungen und Forderungen für Sachsen:

Leitantrag

Antrag L 01

38

39 **1. Mehr Demokratie heißt mehr soziale Gerechtigkeit.** Soziale Gerechtigkeit und eine
40 stabile Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Wenn die soziale Spaltung
41 zunimmt, leidet die Demokratie. Sie gerät aus dem Lot. Gerade Menschen mit wenig
42 Einkommen und wenig Aufstiegschancen gehen heute nicht mehr zur Wahl und wenden
43 sich von der Politik ab. In den einkommensschwächeren Stadtvierteln von Leipzig und
44 Dresden ist die Zahl der Nichtwähler überdurchschnittlich hoch. Das zeigt: Die geringe
45 Wahlbeteiligung ist in weiten Bereichen eine Wahlbeteiligung der sozialen Spaltung.

46

47 Es ist wichtig für die Demokratie, die soziale Schere zu schließen. Beteiligung und Teilhabe
48 darf nicht nur gebildeten Milieus, Männern oder Lobbygruppen mit viel Geld, Zeit und
49 Universitätsdiplom offen stehen. Die herkömmlichen und neuen Formen der Demokratie
50 müssen alle Menschen erreichen. Denn nur so können alle Interessen einfließen und
51 miteinander in Ausgleich gebracht werden.

52

53 **2. Viele Menschen in Sachsen wollen nicht nur mitreden, sondern mitgestalten.** Sie
54 wollen über ihr alltägliches Lebensumfeld - die Gemeinde, das Stadtviertel, den Arbeitsplatz
55 - mitbestimmen können. Doch die Realität sieht oft anders aus: In den Städten erscheinen
56 die lokalpolitischen Gremien ohnmächtig. Die Landkreise wurden zusammengelegt,
57 dadurch haben viele Menschen das Gefühl, dass die Entscheidungen immer weiter weg
58 getroffen werden. In den Schulen und Kitas wollen Eltern mehr als nur ein Wörtchen
59 mitreden. Frauen, insbesondere wenn sie Verantwortung für Familie und Beruf vereinbaren
60 wollen, werden in klassischen, auch (partei-)politischen Entscheidungsprozessen nicht
61 ausreichend berücksichtigt. Und viele Jugendliche finden, dass ihre Stimme fast nie gehört
62 wird. All das muss sich ändern.

63

64 Auch die betrieblichen Mitbestimmungsrechte sind in Sachsen nur schlecht ausgebildet.
65 Demokratie darf aber nicht am Werkstor enden. Im Gegenteil: Die Jahre der Krise haben
66 gezeigt: Mitbestimmung ist nicht nur ein Wert an sich, sondern auch ein deutscher
67 Wettbewerbsvorteil. Wir wollen, dass dieser auch für Sachsen stärker wirken kann.

68 Vereine und Verbände werden in Sachsen selten als Experten einbezogen. Und wenn, dann
69 bleibt ihr Rat meist ohne Folgen. Doch viele Fragen sind heute so komplex geworden, dass
70 Politik und Verwaltung immer stärker auf die Zusammenarbeit mit solchen
71 gesellschaftlichen Akteuren setzen sollten. Denn sie verfügen über Wissen, welches
72 Verwaltung und Politik oft nicht besitzen. Bürgerbeteiligung ist deshalb weder ein
73 notwendiges Übel, noch darf sie reine Show sein. Sie hilft dabei, Entscheidungen zu treffen,
74 die bürgernah und sachgerecht sind. Deshalb wollen wir mehr Bürgerbeteiligung.

75

76 Dabei gilt: Die lediglich formale Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger reicht nicht
77 aus. Beteiligungsmöglichkeiten, die nur von wenigen oder bestimmten Interessengruppen
78 genutzt werden, helfen genauso wenig wie jene, die nur auf dem Papier stehen, aber
79 beispielsweise durch zu hohe Quoren nahezu unwirksam sind. Wer Pseudobeteiligung

Leitantrag

Antrag L 01

80 betreibt, schafft Enttäuschung und schwächt die Demokratie. Beteiligung ist deshalb nicht
81 nur die Teilhabe am Prozess, sondern auch an den Entscheidungen und am Ergebnis.

82

83 **3. Wir brauchen einen handlungsfähigen Freistaat**, wenn wir Politik gestalten, unser
84 Sachsen weiterentwickeln und gesellschaftliche Probleme lösen wollen. Viele Sachsen
85 misstrauen inzwischen der Problemlösungsfähigkeit der Politik. Immer wieder hören sie
86 **Meldungen wie „Sachsen ist Spitze“**. Doch sie erleben etwas anderes: Niedrige Löhne,
87 mangelnde Aufstiegschancen, soziale Ungerechtigkeit und ein Kaputtsparen der
88 öffentlichen Einrichtungen. Das ist ein enormes Missverhältnis.

89

90 Ein handlungsfähiger Staat braucht sichere und ausreichende Einnahmen, um die
91 Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Das bedarf einer gerechten
92 Steuerpolitik des Bundes, einer starken Steuerverwaltung sowie einer soliden
93 Haushaltspolitik im Freistaat Sachsen. Genauso handlungsfähig müssen die sächsischen
94 Kommunen sein. Deshalb haben wir den Schutzschirm für die Kommunalfinanzen
95 gespannt. Und deshalb wollen wir die Kommunen auch weiter stärken. Denn gerade vor Ort,
96 wo Politik am intensivsten erfahrbar ist, muss die Gestaltbarkeit durch demokratische
97 Prozesse garantiert sein.

98

99 Dazu gehört auch, dass die Politik in den Bereichen der Daseinsvorsorge dauerhaften
100 Einfluss behält. Die Privatisierung von Staatsaufgaben, welche die Existenzgrundlage der
101 Bevölkerung und der Gemeinschaft im Ganzen gewährleisten, lehnen wir ab.

102

103 **4. Demokratie lebt von der gleichen Würde und Achtung aller Menschen**. Der Wert des
104 Menschen orientiert sich nicht an seiner Nützlichkeit. Doch angesichts einer zunehmenden
105 ökonomischen Durchdringung aller Lebensbereiche beobachten wir eine Aufteilung von
106 Menschen in „nützlich“ und „nicht nützlich“. Das ist marktradikal und menschenfeindlich.

107

108 Wir haben ein anderes Bild vom Menschen und von der Gesellschaft. Die Würde und der
109 Wert eines Menschen sind unabhängig von seinem Alter, seinem Geschlecht oder seiner
110 Hautfarbe. Würde und Wert sind unabhängig von der sexuellen Orientierung eines
111 Menschen, von seiner Religion, seinen politischen oder sonstigen Anschauungen. Und
112 Würde und Wert sind unabhängig von einer vermeintlichen Nützlichkeit. Wir wollen eine
113 demokratische und solidarische Gesellschaft, in der niemand hinten runter fällt und sich
114 oben niemand aus der Verantwortung stiehlt.

115

116 **5. Sachsen hat ein Problem mit Nazis**. Rassismus, Antisemitismus und
117 Menschenfeindlichkeit sind leider keine Randerscheinungen. Sie haben ihre Ursache in der
118 Mitte unserer Gesellschaft. Es existiert eine teilweise aggressive Menschenfeindlichkeit
119 gegenüber vermeintlich am Rande der Gesellschaft stehenden Personengruppen. Aus diesen
120 Einstellungsmustern schöpfen extrem rechte Gruppen, Vereinigungen und Parteien in
121 Sachsen ihre Stärke. Die von Sachsen aus organisierten Morde des rechten Terrornetzwerks

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

122 „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) sind eben auch Folge dieser
123 menschenfeindlichen Ungleichheitsideologie.

124 Wir werden extrem rechte Parteien in Parlamenten, neonazistische Gruppierungen, aber
125 auch den Alltagsrassismus und die Gleichgültigkeit mancher Behörden, PolitikerInnen und
126 BürgerInnen nicht als gesellschaftliche Normalität akzeptieren, sondern nachhaltig
127 bekämpfen. Die Forderung nach einem Verbot der NPD und anderer rechtsextremer
128 Organisationen bleibt richtig. Doch das allein ist noch nicht die Lösung des Problems. Der
129 Kampf gegen Rechts ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Wir müssen uns auch
130 mit den Ursachen menschenfeindlichen Denkens auseinandersetzen und sie beseitigen.
131 Deshalb unterstützen wir alle Menschen, Vereine, Verbände und Initiativen, die sich in
132 Sachsen für unsere Demokratie, für Menschenrechte und Zivilcourage einsetzen und so zum
133 Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung beitragen.

134

135

136 I. Ohne Regierungswechsel keine Erneuerung der Demokratie!

137

138 Sachsen steht vor vielen großen Herausforderungen: In der Wirtschaft, beim Arbeitsmarkt,
139 bei den Themen Bildung und Gerechtigkeit, Umwelt und Energie. Je mehr Menschen wir in
140 Sachsen zur Mitarbeit gewinnen, desto besser, schneller und gerechter können wir diese
141 Herausforderungen bewältigen. Wir wollen die Menschen neu für ihr Land begeistern. Wir
142 wollen, dass in Sachsen jede Stimme zählt. Jede und jeder soll sich einbringen können. Wem
143 das schwerfällt, dem wollen wir dabei helfen. Das verstehen wir unter einer neuen
144 Mitmachkultur für Sachsen. Nicht nur bei Wahlen, sondern jeden Tag. In der Schule und auf
145 Arbeit, in einer Bürgerinitiative oder einem Verein, im Gemeinderat und in Parteien –
146 natürlich in der SPD – überall sollen die Leute wirklich teilhaben können. Mit einer
147 **Demokratieoffensive Sachsen** wollen wir das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und
148 Bürgern auf der einen Seite und der Politik, den demokratischen Institutionen und der
149 staatlichen Verwaltung auf der anderen Seite auf eine neue Grundlage stellen. Wir wollen
150 verloren gegangenes Vertrauen und verloren gegangenes Engagement wiederherstellen,
151 indem wir Sachsen transparenter und demokratischer machen.

152

153 Die SPD ist die Demokratiepartei Sachsens. Es waren viele Sozialdemokratinnen und
154 Sozialdemokraten, die zur friedlichen Revolution öffentlich und unter Gefahr für Leib und
155 Leben für die Grundrechte, für freie Wahlen und Demokratie auf die Straße gegangen sind.
156 Sie haben sich damals nicht durch eine diktatorische Staatsmacht einschüchtern lassen -
157 während viele Blockpartei-Mitglieder erst auf die Seite der Demokratie wechselten, als es
158 ihnen persönlich nutzte.

159

160 Mittlerweile jedoch herrscht in Sachsen Stillstand. Unsere Demokratie entwickelt sich nicht
161 mehr. Das Land macht keine Fortschritte bei Transparenz und Beteiligung. Alle Forderungen
162 der SPD nach mehr Transparenz in Politik und Wirtschaft, wie etwa ein Lobby- oder ein
163 Korruptionsregister, werden schon seit Jahren von der CDU und FDP blockiert und

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

164 abgelehnt. Transparenz ist für diese beiden Parteien lästig und Beteiligung allenfalls ein PR-
165 **Event, wie man am „Bürgerkompass“ des Ministerpräsidenten sehen konnte. Dessen**
166 Ergebnisse – die Teilnehmenden forderten zum Beispiel mehr Lehrerstellen und gesetzliche
167 Mindestlöhne – wurden von der Regierung vollständig ignoriert. Mit Demokratie und
168 rechtschaffener Politik hat das nichts zu tun.

169
170 Die meisten Sachsen fühlen sich angesichts des Stillstands und der Schwäche der Regierung
171 Tillich nicht mehr angesprochen und mitgenommen. Egal ob auf Kommunal- oder
172 Landesebene, überall klagen diese engagierten Bürgerinnen und Bürger, dass sich die CDU
173 als beratungsresistent erweist: Sie handelt ständig gegen den Rat der BürgerInnen und
174 ExpertInnen. Hingegen haben in Tillichs Regierungszeit oft Wirtschaftsinteressen und
175 Lobbygruppen die Macht übernommen. Deren Interessen erscheinen der Regierung fast
176 immer wichtiger als die Interessen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger.

177
178 Für die CDU ist Politikverdrossenheit ein strategischer Gewinn. Aus Wahlkampf-Taktik setzt
179 sie auf eine Entpolitisierung der Gesellschaft. Tillich hat faktisch eineinhalb Jahre vor den
180 Wahlen das Regieren eingestellt. Das Land wird lediglich verwaltet. Debatten über politische
181 Veränderungen finden nicht statt. Es droht ein ähnlicher Wahlkampf wie auf Bundesebene:
182 Die Wahl zum sächsischen Landtag verkümmert zur Abstimmung über einen sächsischen
183 Ministerpräsidenten. Die Präsentation von Alternativen, von Antworten auf die drängenden
184 Fragen unseres Landes verkommt zu einem Nebenaspekt. So droht die Wahlbeteiligung
185 weiter zu sinken.

186
187 Zudem trägt die CDU Schuld an dem peinlichen Bild Sachsens im restlichen Deutschland:
188 Unser Freistaat gilt oft als Hort von Nazis, weil jahrelang rechtsextreme Exzesse und
189 Einstellungen gelehrt und nicht bekämpft wurden. Gleichzeitig werden Widerstand
190 gegen Rechtsextremismus und das braune Image Sachsens kriminalisiert. Das alles meinte
191 **Wolfgang Thierse, als er den Begriff „Sächsische Demokratie“ prägte.**
192

193 Wir wollen die sachliche Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften und Leistungsfähigkeit
194 stärken, damit Strafverfolgung nicht zum Instrument subtiler politischer Einflussnahme
195 werden kann. Wir brauchen keine angepassten Befehlsempfänger, sondern Justiz- und
196 PolizeibeamtInnen, die aus innerer Überzeugung für unsere demokratische Verfassung
197 eintreten.

198
199 Die Demokratie in Sachsen muss auf den Prüfstand. Zu vieles hat sich eingefahren, zu vieles
200 steht still. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution gilt es zu prüfen: Sind die damaligen
201 Hoffnungen erfüllt, sind die Versprechen eingelöst? Ist Sachsen freier geworden,
202 demokratischer und gerechter? Haben sich die Zukunftsperspektiven für die Menschen im
203 Land verbessert?
204

Leitantrag

Antrag L 01

205 Nicht genug, sagen wir. Sachsens Demokratie muss erneuert werden. Die Sachsen-SPD
206 fordert eine Demokratieoffensive für Sachsen. Die CDU ist nicht länger im Stande, auf die
207 gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren und unsere Zeiten zu meistern. Es
208 braucht einen echten Politikwechsel in Sachsen.

209

210

211 **II. Demokratie in der Wirtschafts- und Arbeitswelt stärken**

212

213 Eine gute Wirtschaft braucht faire Spielregeln. Sie zu setzen ist Aufgabe demokratischer
214 Politik. Unser Grundsatz steht fest: Es darf in einer Gesellschaft keine demokratiefreien
215 Räume geben. Wir wollen demokratiekonforme Märkte und keine marktkonforme
216 Demokratie. Einen besonderen Blick richten wir daher auf den Teil unseres
217 Zusammenlebens, der in unserer Gesellschaft für Wohlstand, Produktion und materielles
218 Auskommen zuständig ist: Die Welt der Arbeit.

219

220 Faire Wirtschaft und gute Arbeit sind wichtig für die Stabilität einer Demokratie. Gute Arbeit
221 und soziale Sicherheit sind eine Voraussetzung dafür, dass die Menschen an unserer
222 Gesellschaft teilhaben - sozial, kulturell und gerade auch politisch. Die aktuelle
223 Finanzmarktkrise zeigt auch: Armut und prekäre Beschäftigung sind Gift für das Vertrauen
224 der Menschen in die Handlungsmacht der Politik und damit in unsere Demokratie. Diese
225 bestehenden Missstände müssen verändert werden. Wir wollen sie verändern und alle
226 unterstützen, die das gleiche Ziel haben.

227

228 Eine sozial gerechtere Politik stärkt das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und
229 Arbeitnehmer in die Demokratie und die Handlungsfähigkeit der demokratischen
230 Institutionen. Wir wollen daher die schwarzgelbe Niedriglohnstrategie beenden und die
231 Tarifbindung stärken. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen müssen sich
232 besser organisieren können und brauchen mehr Mitbestimmungsrechte. Wir wollen ein
233 modernes Vergabegesetz, mit dem sichergestellt wird, dass bei öffentlichen Aufträgen nicht
234 das billigste, sondern das beste Unternehmen den Zuschlag erhält. Die Auftragsvergabe soll
235 an tarifliche, soziale und ökologische Voraussetzungen gebunden sein. Darüber hinaus
236 wollen wir die betriebliche Kultur so weiterentwickeln, dass die Auswirkungen von
237 betrieblichem Handeln auf Umfeld und Umwelt über innerbetriebliche Belange hinaus
238 geachtet werden.

239

240 Wir wollen einen flächendeckenden Mindestlohn, eine drastische Einschränkung von
241 Leiharbeit und die Stärkung unbefristeter Arbeitsverträge. So erhalten die Menschen in
242 unserem Land mehr finanzielle Sicherheit und bessere Zukunftsperspektiven. Diese
243 Maßnahmen sind auch Ausdruck wirtschaftlicher Vernunft. Denn die nötige
244 Innovationskraft von Unternehmen entsteht nicht durch die Ausbeutung ihrer
245 Beschäftigten, sondern durch qualifizierte Fachkräfte und deren Motivation und
246 Beteiligung.

Leitantrag

Antrag L 01

247

248 Für die Sozialdemokratie bedeutet Demokratie in der Arbeitswelt zu allererst betriebliche
249 Mitbestimmung. Sie ist eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung. In einer
250 Wirtschaft, die ihre Stärke in Innovation und Fortentwicklung hat, ist betriebliche
251 Mitbestimmung ein enormer Standortvorteil. Denn erst so entsteht die hohe Produktivität
252 in unserem Land und damit Sicherheit für die Arbeitsplätze in Sachsen und Deutschland. Wir
253 fordern deshalb eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der
254 Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeiten und beim Gesundheitsschutz. Damit führen wir
255 bewusst auch eine Debatte zum Abbau von Überlastungen der ArbeitnehmerInnen bis hin
256 zu einer generellen Arbeitszeitverkürzung.

257

258 Frauen sind in betrieblichen Vertretungen wie in den Vorständen und Aufsichtsgremien von
259 Unternehmen häufig dauerhaft unterrepräsentiert. Daher fordern wir auch hier eine
260 Quotenregelung.

261

262 Die Betriebs- und Personalräte in Sachsen müssen gestärkt werden. Sie gilt es
263 flächendeckend zu wählen, weiterzubilden und zu vernetzen. Der Katalog der
264 Mitbestimmungsfragen für Personalräte sollte erweitert werden - etwa bei
265 Behördenumgliederung und Umstrukturierungen. Betriebsräte sollen bei
266 Betriebsverlagerungen und bei der Einstellung von LeiharbeiterInnen, befristet
267 Beschäftigten und beim Abschluss von Werkverträgen im Betrieb mitreden können. Die
268 Mitbestimmungsgremien sind dabei für alle Beschäftigten zuständig: Wir wollen, dass jede
269 Stimme gehört wird, auch die von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern.

270

271 Wir wollen insolvenz sichere Modelle der MitarbeiterInnenbeteiligung, wie
272 genossenschaftlich oder gemeinschaftlich organisierte Unternehmen, stärker unterstützen.
273 So werden die Beschäftigten an den Gewinnen beteiligt, ihre Identifikation mit dem
274 Unternehmen steigt. Genossenschaften können auch ein Modell für die in vielen
275 Familienunternehmen ungeklärte Unternehmensnachfolge darstellen.

276

277 Und schließlich muss auch in der Arbeitswelt die Gleichheit von Frauen und Männern
278 durchgesetzt werden. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Sachsen-SPD
279 unterstützt eine Frauen-Quote in Führungspositionen, sowohl in den Betrieben und
280 Verwaltungen, aber auch in Mitbestimmungsstrukturen wie Betriebs- und Personalräten.
281 Um dies zu erreichen, müssen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl für
282 Frauen als auch für Männer verbessern. Betriebskindergärten, familienfreundliche
283 Arbeitszeiten sowie eine interkulturelle und inklusive Atmosphäre sorgen dafür, dass sich
284 wirklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens wertgeschätzt fühlen.

285

286 Wir fordern zudem eine Initiative gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

287

288

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

289

290 **III. Demokratie und Bildung**

291

292 Eine demokratisch gebildete Gesellschaft ist das Fundament für einen leistungsfähigen
 293 demokratischen Staat. Demokratische Bildung muss deshalb elementarer Bestandteil der
 294 schulischen und außerschulischen Bildung sein. Die teils überzogene und populistische
 295 Kritik am Zustand unserer Demokratie ist zum Teil auch ein Mangel an politischer Bildung.
 296 Demokratie kann aber nicht allein gelehrt werden. Die Praxis ist der beste Lehrmeister. Dazu
 297 gehört auch eine Intensivierung der LehrerInnenfort- und -ausbildung in Demokratischer
 298 Bildung nicht nur bei GesellschaftskundelehrerInnen, sondern bei allen LehrerInnen sowie in
 299 Form von Fortbildung des gesamten Lehrkollegiums. Dazu muss Raum sowie Zeit
 300 geschaffen werden. Die Fortbildung darf nicht zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer gehen.
 301 Zudem bedarf es mehr pädagogischer Konzepte, die die Eigenverantwortung der Lernenden
 302 für das eigenständige Durchdringen des Lernstoffs fördern. Frontale Vermittlung zu
 303 paukender Fakten erzieht keine Demokraten.

304

305 Ferner muss die politische Bildung in Sachsen auf den Prüfstand. Politische Bildung darf
 306 dabei nicht nur auf gebildete Schichten zugeschnitten sein. Dafür bedarf es auch einer
 307 Neuausrichtung und Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung. Deshalb wollen
 308 wir unser Bildungssystem so verändern, dass in den Bildungseinrichtungen alle Beteiligten
 309 an der Gestaltung der jeweiligen Einrichtung teilhaben können und Demokratie dadurch
 310 erfahrbar wird.

311

312 Kindertagesstätten sind nicht nur Orte der Betreuung, während Eltern ihren Berufen
 313 nachgehen. Sie sind immer auch Orte der ganzheitlichen Bildung in der wichtigsten
 314 Lebensphase eines Menschen. Hier erlernen und erleben Kinder früh den sozialen,
 315 friedlichen und solidarischen Umgang miteinander. Sie erfahren in der Gemeinschaft
 316 Grundregeln der Demokratie. Die Wertschätzung der Gesellschaft gegenüber
 317 Kindertagesstätten muss sich auch bei der Ausbildung und der Bezahlung von Erzieherinnen
 318 und Erziehern sowie deren Möglichkeiten zur Mitgestaltung an ihren Einrichtungen
 319 bemerkbar machen. Eines ist auch klar: Kinder benötigen Zeit. Wir wollen, dass
 320 Erzieherinnen und Erzieher durch kleinere Gruppen mehr Zeit für jedes Kind haben und Zeit
 321 für die Planung und Auswertung des Kitaalltags. Deshalb muss der Betreuungsschlüssel
 322 abgesenkt werden. Die Eltern sind die wichtigsten Partner bei der Gestaltung des
 323 Kitalebens. Um die Verknüpfung zwischen den Eltern und den Bildungseinrichtungen zu
 324 stärken, benötigen wir starke Elternräte an allen Kitas, bei den Trägern der Jugendhilfe und
 325 auf der Ebene des Landes. Ihre Mitwirkungsrechte sind gesetzlich zu verankern.

326

327 Die Schule im 21. Jahrhundert muss eine demokratische Gemeinschaftsschule für alle Kinder
 328 – auch Kinder mit Behinderung – sein, die aufgeklärtes, vorurteilsfreies und auf
 329 Gleichberechtigung bedachtes Denken und Handeln fördert. Dem widerspricht eine Schule,

Leitantrag

Antrag L 01

330 die unsere Kinder schon früh in verschiedene Schulformen sortiert und die Spaltung der
331 Gesellschaft damit zementiert. Die Schule demokratisch zu gestalten heißt auch
332 Verantwortung zu übernehmen – für den eigenen Bildungsprozess ebenso wie für die
333 Schule als Ganzes.

334
335 Eine demokratische Schule beteiligt nicht nur Schüler und Schülerinnen, Eltern, Lehrkräfte,
336 sondern auch alle anderen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Schule an der Gestaltung
337 des Schullebens. Sie ist eigenverantwortlich und hat einen weiten Gestaltungsrahmen. Die
338 heutige Schule in Sachsen ist nicht eigenverantwortlich und die am Schulleben Beteiligten
339 haben kaum eigene Entscheidungskompetenzen. Eine demokratische, eigenverantwortliche
340 Schule muss in einem neuen Schulgesetz vom Gängelband der Verordnungen befreit
341 werden. Grundlegende Entscheidungen für die Entwicklung einer Schule sollen in einer
342 gemeinsamen Schulkonferenz getroffen werden. Nur wer wirklich etwas verändern und
343 beeinflussen kann durch sein demokratisches Mitwirken, wird auch den Wert der
344 Demokratie erkennen können und sich aktiv am Schulleben beteiligen.

345
346 Die demokratische Schule, so wie wir sie wollen, ist im Stadtteil, in der Gemeinde vernetzt
347 und der Schulträger ist gleichberechtigter Teil der Gremien (z.B. Schulkonferenz) der Schule.
348 Umgekehrt müssen die Schulen ein geregeltes Anhörungsrecht in den Kommunen haben,
349 wenn ihre Belange bei Entscheidungen betroffen sind. Demokratie in der Schule und in der
350 Bildungspolitik darf sich nicht in formalisierten Gremienmitwirkungen (Eltern- und
351 Schülerräte) erschöpfen. Auch wenn diese wichtig sind, so können sie doch dazu führen,
352 dass Demokratie auf Wenige delegiert, aber nicht wirklich für die Mehrheit gelebt wird. Ziel
353 ist, dass Entscheidungen gemeinsam von den Betroffenen (z.B. innerhalb einer Klasse)
354 getroffen werden können. Auch jenseits der Gremien sollte unterstützt werden, wenn sich
355 Menschen gemeinsam für ein Projekt engagieren, sofern diese nicht andere Personen
356 ausgrenzen oder benachteiligen. Auch Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter und
357 Schulsozialarbeiterinnen sowie Schulleitungen und die Schulverwaltung sind im Prozess der
358 Demokratisierung der Schulen Lernende und benötigen dazu Lerngelegenheiten, Zeit und
359 Ermutigung.

360
361 Auch an unseren Hochschulen haben sich die Arbeitsbedingungen unter Schwarz-Gelb
362 verschlechtert. Partizipation und Mitbestimmung wurden mit dem neuen sächsischen
363 Hochschulgesetz beschnitten. Die Einführung der Langzeitstudiengebühren, die
364 Beschneidung der verfassten Studierendenschaft und eine weitere Stärkung des
365 Rektorates führen zu einer deutlichen Entdemokratisierung der Hochschule. Die aktuellen
366 Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Arbeit sind beschämend und die Zahl der prekär
367 Beschäftigten an den Hochschulen ist nicht mehr hinnehmbar. Die Hochschulen in Sachsen
368 benötigen mehr Demokratie und Mitbestimmung. Die akademische und die studentische
369 Selbstverwaltung sowie die Personalvertretungen müssen gestärkt werden.

370

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

371 Wir wollen eine gelebte Demokratie an sächsischen Hochschulen etablieren. Dazu muss
372 eine neue Balance zwischen den zentralen Organen der Hochschule (Rektorat – Senat –
373 Hochschulrat) geschaffen werden. Zudem unterstützen wir die Initiativen zur Etablierung
374 von Interessensvertretungen abseits der Mitgliedergruppen. Die gegründeten
375 Promovierendenräte oder Mittelbau- bzw. Lehrbeauftragtenvertretungen sind ein wichtiges
376 Partizipationsinstrument für Hochschulangehörige. Die Gründung und
377 Mitwirkungsmöglichkeiten solcher Vertretungen sollen gesetzlich abgesichert werden.
378 Neben der Wiederherstellung einer vollumfänglich autonom verfassten Studierendenschaft
379 als Interessensvertretung der Studierenden soll allen Studierenden während des Studiums
380 Zeit und Raum zur Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement und
381 Persönlichkeitsentwicklung eingeräumt werden. Hierzu sollen die Hochschulen angehalten
382 werden, entsprechende Angebote in ihren Studienprogrammen zu verankern.
383

384 Die Selbstorganisation von Studierenden ist im vollen Umfang zu unterstützen, sofern diese
385 andere Personen nicht ausgrenzen oder benachteiligen. Das betrifft z.B. autonome
386 Seminare, Umweltinitiativen, Initiativen zur Verbesserung der Studienbedingungen.
387

388 In der demokratischen Hochschule muss auch dem Auftrag zur Herstellung von
389 Chancengleichheit, insbesondere der Gleichstellung von Frauen und Männern, verstärkt
390 nachgekommen werden. Hierzu soll die Position der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt
391 werden, indem ihnen Stimmrecht in den Berufungskommissionen eingeräumt wird und für
392 eine angemessene Amtsausstattung Sorge getragen wird. Um insbesondere den
393 Frauenanteil bei Professuren zu steigern, soll künftig in Berufungskommissionen eine
394 geschlechterparitätische Besetzung angestrebt werden. Eine Mindestbeteiligung von 40%
395 sollte verbindlich sein. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der
396 Gleichstellungsbeauftragten. Weiterhin unterstützen wir die Hochschulen bei der
397 Etablierung von Standards zur Frauenförderung durch das Setzen positiver Anreize bei
398 künftigen Zielvereinbarungen. Zielquoten, denen das Kaskadenmodell zu Grunde liegt, die
399 stringente Umsetzung der hochschulspezifischen und von der DFG abverlangten
400 Gleichstellungsstandards sowie eine geschlechterspezifische Datenerhebung in künftigen
401 Qualitätssicherungssystemen sind dafür unerlässlich.
402

403 **IV. Starke Parlamente und direkte Demokratie verbinden**

404
405 Direkte und repräsentative Demokratie in ihren unterschiedlichen Formen werden meist als
406 Gegensätze diskutiert. Das sind sie aber nicht: Beide Ansätze ergänzen sich. Wir wollen die
407 Möglichkeiten direkter Beteiligung bei der Gestaltung von Gesetzen und Projekten in
408 unserem Land ausbauen und dabei die Voraussetzungen für das Mitmachen erleichtern. Wir
409 werden dabei immer berücksichtigen, dass es manchen Menschen schwerer fällt als
410 anderen, sich einzubringen.
411

Leitantrag

Antrag L 01

412 Wir wollen die Hürden für Bürger- und Volksbegehren senken. Die Menschen sollen es
413 einfacher haben, selbst Satzungen und Gesetze zu initiieren und sie dem Volk zur
414 Abstimmung zu stellen. Auf Landesebene wollen wir das erforderliche Quorum für
415 Volksbegehren in Sachsen auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger
416 senken. Das Quorum für Volksanträge soll auf 1 Prozent abgesenkt werden. So wird sich der
417 Landtag öfter mit Anliegen aus der Bevölkerung befassen und das jeweilige Ziel der
418 Initiatoren kann mit seiner Hilfe ggf. schnell Gesetz werden, ohne dass es erst eines
419 Volksentscheids bedarf. Ein Volksantrag soll im parlamentarischen Verfahren ebenso
420 verbessert werden können, wie jeder Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Wird im
421 Ergebnis des Verfahrens der Volksantrag vom Landtag abgelehnt, soll ihr Text für
422 Volksbegehren und Volksentscheid verändert oder verbessert werden können, insofern der
423 ursprüngliche Gegenstand des Volksantrages nicht verloren geht.
424

425 Volksinitiativen wollen wir auch unterstützen, indem wir den Landtag und die
426 Kommunalverwaltung verpflichten, die Initiatoren bei juristischen und formalen Fragen zu
427 beraten. Finanzwirksame Volksentscheide müssen, um zulässig zu sein,
428 Kostendeckungsvorschläge enthalten. Ausgeschlossen sind Volksentscheide über das
429 Haushaltsgesetz als solches. Die Initiatoren von Volksanträgen und Volksbegehren sollen
430 zudem im Plenum des Landtages und in seinem zuständigen Ausschuss Rede- und
431 Anhörungsrecht erhalten. Wir wollen entsprechend das Petitionsrecht der Sachsen
432 aufwerten: Überschreitet eine Online-Petition innerhalb von vier Wochen das Quorum von
433 2.000 MitzeichnerInnen, so wird zur Petition eine öffentliche Sitzung des
434 Petitionsausschusses stattfinden.
435

436 Stärken wir die direkte Demokratie, so müssen wir gleichzeitig auch unsere
437 parlamentarischen VertreterInnen stärken. Der Landtag ist die demokratisch unmittelbar
438 durch das Volk legitimierte staatliche Institution. Von ihm geht die durch das Volk
439 ausgeübte Staatsgewalt aus. Wir wollen den Sächsischen Landtag und seine Abgeordneten
440 gegenüber der Staatsregierung stärken. Die Kontrolle der Regierung darf nicht nur eine
441 symbolische Handlung sein. Wir fordern insbesondere die Einführung von mehr
442 Kontrollmöglichkeiten über Bundesratsentscheidungen der Regierung – deren Handeln
443 muss vor und nach Entscheidungen im Bundesrat regelmäßig auf den öffentlichen
444 Prüfstand. Und auch die Stadt- und Gemeinderäte und ihre Fraktionen sollen mit mehr
445 Rechten gegenüber den Kommunalverwaltungen ausgestattet sein.
446

447 Direkte Demokratie und repräsentative Demokratie ergänzen einander. Beide Formen
448 müssen in Sachsen gestärkt werden, damit sich unsere Demokratie weiterentwickelt. Nicht
449 zuletzt wollen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen als bisher an beiden Formen teilhaben
450 können: Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen und das Kommunalwahlrecht
451 auch für Nicht-EU-Bürger einführen.
452

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

453 Neben den Parlamenten und den direktdemokratischen Entscheidungen brauchen wir neue
454 Wege, um die Bürgerinnen und Bürger bei einzelnen Projekten zu beteiligen. Die meisten
455 Experten sind sich einig, dass etwa der Hochwasserschutz oder die Energiewende durch
456 mehr Bürgerbeteiligung schneller, effizienter und gerechter von statten gehen könnten.
457 Denn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger verfügen oft über ein erhebliches Maß an
458 Wissen und Expertise vor Ort und zum Thema. Außerdem werden bei frühzeitiger
459 Beteiligung in Form von ergebnisoffenen Grundsatzanhörungen zum Planungsbeginn und
460 transparenten Alternativprüfungen Konflikte nicht auf die lange Bank geschoben, sondern
461 von Beginn an bearbeitet. Wir wollen hier auch neue Formen von Online-Beteiligung fördern
462 und ausprobieren. Informationen und Diskussionen im Internet, die Entwicklung von Ideen
463 und die gemeinsame Erarbeitung von Anträgen und Projektvorschlägen bieten große
464 Chancen. Doch Online-Beteiligung allein reicht nicht aus. Sie spricht nur bestimmte Berufs-
465 und Altersgruppen besonders an, schließt aber auch weite Teile der Gesellschaft aus. Nicht
466 Jeder hat ein Smartphone und betreibt Meinungsbildung in sozialen Netzwerken. Die
467 grundlegende Form der Meinungsäußerung bleiben für uns Wort und Stimme in einer
468 Versammlung, in der alle mitreden können. Daher halten wir Bürgerforen und öffentliche
469 Veranstaltungen für besonders wichtig. Ob Online oder im Bürgerforum, entscheidend ist,
470 dass Foren und Versammlungen örtlich, zeitlich und in der Sache weitgehend barrierefrei
471 stattfinden. Niemandem darf der Zugang erschwert werden, niemand darf abgeschreckt,
472 zurückgestoßen, niemand faktisch oder durch technische Hürden behindert werden.

473

474

475 **V. Demokratie vor Ort leben**

476

477 Demokratie beginnt vor Ort. Die eigene Gemeinde bzw. die eigene Stadt ist erster
478 Ansprechpartner für Sachsens Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen in Sachsen wollen
479 mitreden, wenn es um die Gestaltung des eigenen Stadtteils oder der eigenen Gemeinde
480 geht, denn es geht um ihr direktes Lebensumfeld, ihre Heimat. Hier stellen sich die
481 wichtigen Fragen von Mobilität, Sicherheit, Daseinsvorsorge oder Bildungsinfrastruktur
482 ganz konkret.

483

484 Wir wollen die Bürgerbeteiligung vor Ort verbessern, weil wir überzeugt sind, dass dies die
485 gute Entwicklung unserer Städte und Gemeinden vorantreibt und den Zusammenhalt
486 stärkt. Wenn die Menschen bei kommunalen Entscheidungen von der Idee bis zur
487 Umsetzung stärker einbezogen werden, steigt nicht nur die Akzeptanz der Entscheidung,
488 sondern auch die Verantwortung der Bürgerschaft gegenüber dem Gemeinwesen. Die
489 (Ober-) BürgermeisterInnen, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte vor Ort leisten eine gute
490 und wichtige Arbeit. Die Stärkung von direkter Bürgerbeteiligung ist deshalb kein Ersatz,
491 sondern eine sinnvolle Ergänzung kommunaler Demokratie.

492

493 Wir müssen dabei berücksichtigen, dass manchen Gruppen das "sich Einbringen" schwerer
494 fällt als anderen. Um positive Beteiligungserfahrungen und die Stärkung des

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag		12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag		
Antrag	L 01	

495 nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements für Menschen aus
496 einkommensschwachen Schichten zu fördern, wollen wir den Wiederaufbau des Programms
497 „Soziale Stadt“ auf Bundesebene oder eines Ersatzprogramms auf Sachsen-Ebene.
498

499 Auch beteiligen sich bisher deutlich weniger Frauen als Männer an allen
500 Mitwirkungsformen kommunaler Demokratie. Hier müssen institutionalisierte
501 Frauenvertretungen oder andere neue Formen gefunden, die Frauen verbindlich in
502 Entscheidungen einbeziehen. Kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten von
503 Frauen sind gesondert zu unterstützen und zu fördern, bis die Parität erreicht ist.
504

505 Bestehende Wege der direkten Demokratie in den Kommunen müssen für die Bürgerinnen
506 und Bürger einfacher nutzbar sein. Hohe Quoren stellen nicht nur auf Landesebene, sondern
507 auch in den Kommunen ein Hemmnis für echte Beteiligung dar. Deshalb setzt sich die SPD
508 Sachsen für die generelle Senkung des Quorums für Bürgerbegehren auf 5% und des
509 Quorums für Einwohneranträge auf 2% der Wahlberechtigten ein.
510

511 Kernaufgabe der Kommunalpolitik ist die Aufstellung der kommunalen Haushalte. Wir
512 wollen hier den Ansatz sogenannter Bürgerhaushalte stärken, mit denen BürgerInnen
513 beispielsweise im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen über Prioritätensetzungen
514 abstimmen und somit bei der kulturellen und sozialen Entwicklung ihrer Gemeinde
515 mitentscheiden können. Und auch Planungszellen und Bürgergutachten sind
516 nachahmenswerte Ansätze, um Menschen an der Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes
517 zu beteiligen. Transparenz und Beteiligung dürfen von Verwaltungen und Stadt- bzw.
518 Gemeinderäten nicht als Widerspruch zum eigenen Handeln angesehen werden, sondern
519 sind eine Bereicherung bei der kommunalen Entscheidungsfindung. Insbesondere wollen
520 wir darauf hinwirken, dass das Land die größeren Städte und Gemeinden sowie Kreistage
521 unterstützt, besser aufgebaute Ratsinformationssysteme einzuführen, in denen alle
522 Vorlagen, Beschlüsse, Protokolle, Termine und Ähnliches veröffentlicht werden.

523 Um Städte und Gemeinden bei Beteiligungsprojekten zu unterstützen, benötigen wir die
524 Einrichtung einer landesweiten Servicestelle Bürgerbeteiligung. Diese stellt juristischen und
525 methodischen Rat zur Verfügung, begleitet Projekte vor Ort und organisiert den
526 Erfahrungsaustausch.
527

528 Die Stärkung lokaler Beteiligungsprozesse darf nicht auf die Frage reduziert werden, welcher
529 Jugendclub mangels Finanzen als nächstes geschlossen wird. Damit Demokratie vor Ort
530 erlebbar bleibt, brauchen unsere Kommunen eigene Gestaltungsspielräume. Eine bessere
531 Ausgestaltung der Kommunalfinanzen ist auch aus diesem Grund dringend notwendig.
532

533 Ein besonderer Schwerpunkt unserer Demokratieoffensive muss die Beteiligung von
534 Kindern und Jugendlichen sein. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an
535 den sie betreffenden Entscheidungen als "Soll-Bestimmung" in die Sächsische

Leitantrag

Antrag L 01

536 Gemeindeordnung aufnehmen. Auch hier braucht es eine breite Methodenvielfalt, um
537 unterschiedliche Altersgruppen oder unterschiedliche Themen vor Ort bearbeiten zu
538 können. Von Jugendparlamenten über Planungswerkstätten für konkrete Projekte wie den
539 Bau eines Kinderspielfeldes bis zur Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahre.

540

541

542 VI. Transparente Demokratie

543

544 Der Anspruch vieler Bürgerinnen und Bürger an die Transparenz politischer Entscheidungen
545 ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Wir begrüßen das, weil es ein Ausdruck von
546 Interesse an politischen Prozessen ist und eine wichtige Voraussetzung für eigenes
547 politisches Engagement schafft. Die Forderung nach mehr Transparenz ist manchmal aber
548 auch Ausdruck von Misstrauen gegenüber Politik. Wir wollen Interesse und Misstrauen
549 gleichermaßen offensiv begegnen, indem wir für mehr Transparenz sorgen.

550

551 Die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Bundestag und im
552 Sächsischen Landtag haben bereits entsprechende Initiativen gestartet. Gemeinsam wollen
553 wir mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften von Abgeordneten herstellen. Den
554 Bundestag fordern wir auf, die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren und damit
555 verbunden eine Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung
556 vorzunehmen. Wir fordern eine Selbstverpflichtung für ehemalige Regierungsmitglieder, in
557 den ersten zwei Jahren nach Beendigung ihrer Amtsführung keine Spitzenfunktionen in
558 jenen Branchen der freien Wirtschaft zu übernehmen, für die sie im Rahmen ihrer
559 Amtsführung politische Verantwortung übernommen haben.

560

561 Wir wollen die Offenlegung von Abordnungen aus der Wirtschaft in die öffentliche
562 Verwaltung und umgekehrt sowie die Veröffentlichung wirtschaftlicher Verflechtung von
563 PolitikerInnen, durch Mitgliedschaften in Unternehmensvorständen, Aufsichtsräten oder in
564 BeraterInnenfunktionen.

565

566 Zu einer Transparenzinitiative gehört ebenfalls ein Lobbyregister, das mögliche
567 Verschränkungen zwischen Entscheidern und Nutznießern von Entscheidungen sichtbar
568 macht. Hierbei gilt es, alle wirtschaftlichen und politischen Vernetzungen aufzuzeigen, die
569 Nähe zu Banken, Unternehmen und Verbänden, aber auch die Nähe zu Bürgerinitiativen
570 und Vereinen. Alle Regeln der Transparenz für Regierung und Parlament müssen auch für
571 die Initiatoren von Volksentscheiden gelten. Wir wollen Offenlegungsvorschriften
572 einführen, damit offen liegt, wer mit welchen Interessen Volksentscheide in Gang setzt oder
573 finanziell unterstützt.

574

575 Das gewachsene Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger an der aktiven Mitgestaltung
576 politischer Prozesse stellt auch neue Anforderungen an die Verwaltung. Behörden,
577 kommunale Selbstverwaltungskörperschaften und alle anderen öffentlichen Einrichtungen

Leitantrag

Antrag L 01

578 müssen sich verändern: Sie müssen sich neben ihrer hoheitlichen Funktion noch stärker als
579 Dienstleister verstehen. Bürgerinnen und Bürgern können sie etwa bei der Initiierung von
580 Bürgerentscheiden oder der Diskussion um Alternativen behilflich sein, ihnen die
581 notwendigen Informationen anbieten, vermitteln, sie beraten und dafür sorgen, dass die
582 gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt und positive Ergebnisse erzielt werden können. Auf
583 der anderen Seite dürfen Bürgerinnen und Bürger den Staat nicht immer nur als Gegner
584 ansehen. Es geht also letztlich auch um eine demokratische Kulturveränderung.

585
586 Wir wollen ein sächsisches Transparenzgesetz, das Einblick in die innere Arbeit der
587 Regierung, des Parlaments und der Behörden ermöglicht. Hamburg macht es vor: Wir
588 wollen den gesetzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger schaffen, die Akten und
589 Vorgänge der Behörden einzusehen und sich umfassend zu informieren. Von diesem
590 Auskunftsrecht gibt es nur dann eine Ausnahme, wenn die Verwaltung wichtige Gründe für
591 die Geheimhaltung oder Vertraulichkeit benennt. Verwaltungen sollten nicht nur technisch
592 offen und bürgernah wirken, indem sie barrierefrei sind. Sie sollen gleichzeitig ein sichtbares
593 Abbild der Gesellschaft darstellen. Daher erwarten wir Personalentwicklungspläne, die
594 Behörden und Ämter stärker denn je als Ausbildungsstätten und Arbeitsstellen für junge
595 Menschen, vor allem für junge Frauen, körperbeeinträchtigte Menschen und Menschen mit
596 Migrationshintergrund betrachten. Um diese Forderung abzusichern, wollen wir
597 Einstellungsquoten für Menschen mit Behinderungen und MigrantInnen einführen.

598
599 Verwaltungshandeln muss zudem fortwährend auf seine Bürgernähe und
600 Verbesserungsmöglichkeiten überprüft werden. Beiräte und Beschwerdestellen, die direkt
601 an den Verwaltungsspitzen angegliedert sind, sind unkomplizierte Ansprechpartner für die
602 BürgerInnen. Und sie geben den Verantwortlichen auch kontinuierliche Rückmeldungen
603 über Fortschritte hin zu einer bürgernahen Verwaltung.

604
605 Höhere Transparenz heißt nicht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu
606 gläsernen Menschen zu machen. Datenschutz ist uns wichtig; er erhält im Zeitalter von
607 Vorratsdatenspeicherung und NSA-Ausspähung eine zusätzliche Bedeutung, deren
608 Tragweite noch gar nicht absehbar ist. Gläsern und transparent soll die Verwaltung und ihr
609 Handeln sein, nicht jedeR einzelne MitarbeiterIn. Mit keiner dieser Veränderungen wollen
610 wir den Datenschutz einschränken oder aushöhlen. Wir sind uns sicher, dass mehr
611 Transparenz auch möglich ist, ohne den Schutz individueller, personalisierter Daten zu
612 gefährden.

613

614

615 VII. Demokratie für eine offene und vielfältige Gesellschaft

616

617 Demokratie lebt von Vielfalt. Und sie ist die einzige Staatsform, die mit Vielfalt produktiv
618 umgehen kann. Unterschiedliche Weltanschauungen und Kulturen, Lebensweisen und
619 Lebensalter, unterschiedliche Geschlechter, Religionen und Nationalitäten sind ein Gewinn.

Leitantrag

Antrag L 01

620 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten deshalb für eine Gesellschaft ein, in
621 der die Menschen Vielfalt schätzen und leben können.

622
623 Doch leider sind wir oft noch weit von diesem Bild entfernt. Menschen mit „fremder“
624 Lebensweise oder „fremder“ Herkunft werden immer noch schlechter behandelt und nicht
625 selten angefeindet. Eine Kultur des „Miteinander in Vielfalt“ kann nicht von oben verordnet
626 werden. Aber die Anerkennung und Akzeptanz von Vielfalt kann in einer Gesellschaft nur
627 dann gelingen, wenn auch der Staat und seine Gesetze Vielfalt anerkennen und akzeptieren.
628

629 Die Sozialdemokratie setzt sich deshalb nach wie vor für die doppelte Staatsbürgerschaft
630 ein. So müssen sich die Menschen nicht mehr zwischen ihren Wurzeln und ihrer neuen
631 Heimat entscheiden. Damit erhalten sie auch das Wahlrecht und die Chance,
632 Verantwortung für unsere gemeinsame Gesellschaft zu übernehmen. Für (noch) nicht
633 eingebürgerte Menschen möchten wir das kommunale Wahlrecht ebenso einführen, wie es
634 für EU-BürgerInnen besteht.

635
636 Demokratie und Beteiligung sollten aber nicht nur mit deutschem Pass möglich sein. Viele
637 Menschen leben in unserem Land, die eine andere Staatsbürgerschaft haben: Studierende,
638 ausländische Fachkräfte und Unternehmer/innen genauso wie Flüchtlinge und
639 Asylsuchende. All diese Personen haben ein Anrecht auf Beteiligung an und Integration in
640 unsere Gesellschaft. Das setzt voraus, dass sie in menschenwürdiger Weise untergebracht
641 sind, dass sie Zugang zu Sprach- und Integrationskursen haben und dass sie gleichberechtigt
642 am Arbeitsmarkt teilnehmen können.

643
644 Den offenen, vorurteilsfreien Umgang mit „Anderen“ in unserem Land müssen wir lehren
645 und vorleben. Um Ängste, Vorurteile und menschenverachtendes Denken wirksam zu
646 begegnen, benötigen wir eine langfristige und auskömmliche Finanzierung von Projekten
647 für Demokratie und Vielfalt. Sie geben wichtige zivilgesellschaftliche Impulse zur Schaffung
648 eines angstfreien, gleichberechtigten Zusammenlebens.

649
650 Unsere Demokratie, unsere politischen Strukturen sind nach wie vor männlich geprägt.
651 Weibliche Sichtweisen und Eigenschaften werden so regelmäßig geringer geschätzt und
652 marginalisiert. Frauenfeindlichkeit tritt in vielfacher Form vom Alltagssexismus über
653 Gesetzliche Regelungen, die Abhängigkeit von Partnern festigen, Einschränkungen der
654 reproduktiven Selbstbestimmung, die strukturelle Exklusion aus bestimmten Berufen und
655 Entscheidungsebenen, (un)kulturellen Formen der Objektivierung und Verniedlichung, bis
656 zur rohen Gewalt auf. Frauenfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit. Diese hat keinen Platz
657 in einer demokratischen, auf gegenseitiger Achtung basierenden Gesellschaft.

658
659 In allen Bereichen des öffentlichen Lebens (Verwaltung, Schule etc.) brauchen wir
660 verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen zum Erlernen interkultureller und sozialer
661 Kompetenzen. Die Behörden und Ämter sollten auch die Vielfalt unserer Gesellschaft in

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

662 ihren eigenen Reihen widerspiegeln und mehr Personen mit Migrationshintergrund
663 beschäftigen. Um den Einfluss von Vorurteilen bei Personaleinstellungen zu verhindern,
664 wollen wir, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt werden.

665
666

667 **VIII. Demokratie braucht Freiheit**

668

669 Demokratie braucht Freiheit, Freiheit braucht Demokratie. Die demokratischen
670 Freiheitsrechte – allen voran die Meinungsäußerungs-, Vereinigungs- und
671 Versammlungsfreiheit – und die grundrechtlich gesicherte Möglichkeit, seine Persönlichkeit
672 frei von nicht gerechtfertigten staatlichen Vorgaben und Kontrollen zu entfalten, waren
673 wesentliche Ziele der friedlichen Revolution. Sie sind auch heute notwendige Voraussetzung
674 von Demokratie und Grundlage einer auf aktive politische Teilhabe gerichteten Freiheit. Die
675 Möglichkeit, selbstbestimmt und damit frei zu leben, erfordert neben gerechter sozialer
676 Teilhabe und sozialer Sicherheit auch gesicherte Freiheit gegenüber staatlicher und privater
677 Macht.

678

679 Seit der Magna Charta sichern die klassischen Freiheitsrechte die Freiheit der Bürger
680 gegenüber dem Staat. Zunehmend muss die individuelle Freiheit auch vor gesellschaftlicher,
681 wirtschaftlicher Macht und deren Kontroll- und Marktinteressen geschützt werden; hier
682 erfordert Freiheitssicherung einen starken, schutzfähigen Staat, der Grund- und
683 Freiheitsrechte nicht nur selbst achtet, sondern wirksam gegenüber privater Macht zu
684 Geltung bringen kann. Die freiheitssichernde Begrenzung privater wirtschaftlicher Macht
685 liegt vor allem in der Zuständigkeit des Bundes oder der Europäischen Union;
686 Markttransparenz, wirksamer Verbraucherschutz und Sicherung eines fairen Wettbewerbs
687 sind hier wichtige Ziele der SPD im Bund und in Europa.

688

689 Die Gestaltungsmacht in Sachsen konzentriert sich auf die Sicherung demokratischer
690 Freiheitsrechte gegenüber dem Staat. Hier besteht Raum für eine Stärkung der
691 demokratischen Bürgerfreiheiten.

692

693 Wir stehen für ein rechtsstaatliches, freiheitliches Versammlungsrecht, das die vom
694 Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätze achtet. Auch im Kampf gegen den
695 Rechtsextremismus setzen wir auf die Kraft der demokratischen Zivilgesellschaft. Jenseits
696 strafbarer Handlungen sind staatliche Verbote nur zuzulassen, wenn die Verletzung der
697 Würde des Menschen oder eine Verhöhnung von Opfern und Hinterbliebenen dies
698 erfordern; einen umfassenden geschichts- und symbolträchtiger Tage und Orte gegen
699 Versammlungen jeglicher Ausrichtung lehnen wir ab.

700

701 Polizeiliche Sicherheitsgewähr – gerade auch im ländlichen Raum – ist für
702 Freiheitsbetätigung unverzichtbar und muss mit der technischen Entwicklung Schritt halten
703 können. Bei den Datenerhebungs- und -verarbeitungsbefugnissen von Polizei und sonstigen

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

704 Sicherheitskräften muss der Persönlichkeitsschutz aber durch einen wirksameren
705 Datenschutz stärker gewichtet werden. Die Voraussetzungen für den polizeilichen
706 Datenzugriffs insb. auf Massen(verbindungs)daten ist auf schwerste Straftaten zu
707 beschränken und durch verfahrensrechtliche Sicherungen sowie Verwertungsverbote zu
708 flankieren; denn sonst steht dieser Eingriff in die Freiheitsrechte Vieler außer Verhältnis zu
709 dem damit erreichbaren Grad an Sicherheit. Eine Umgehung von
710 Zeugnisverweigerungsrechten von Journalisten unter Beeinträchtigung der Pressefreiheit
711 durch Auswertung von Verbindungsdaten oder beschlagnahmten Redaktionsmaterials ist
712 auszuschließen. Die Videoüberwachung öffentlicher Räume ist deutlich zu begrenzen; die
713 Gründe für eine Einführung sind einschließlich möglicher Verlagerungs- und
714 Verdrängungseffekte transparent zu dokumentieren und regelmäßig zu evaluieren. Der
715 Einsatz von Drohnen als technisches Mittel zur Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen
716 bei Veranstaltungen oder Ansammlungen im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen ist
717 gesetzlich auszuschließen und im Übrigen allenfalls auf schwerste Verbrechen zu
718 konzentrieren.

719
720 Die abscheulichen NSU-Morde haben ein erschreckendes Versagen der Sicherheitskräfte
721 gerade auch in Sachsen offenbart. Wir setzen uns für eine Neuordnung der
722 Sicherheitsarchitektur ein, bei der zumindest die parlamentarische Kontrolle von Polizei und
723 – vor allem – Verfassungsschutz deutlich gestärkt und die Zusammenarbeit der
724 Sicherheitsbehörden – im Lande und im Bund – zielgerichtet verbessert wird. Auf den
725 **Einsatz sog. „V-Leute“ aus dem jeweiligen Milieu gegen Entgelt ist grundsätzlich zu**
726 **verzichten** und sicherzustellen, dass hier nicht staatliche Aufbauhilfe für
727 sicherheitsgefährdende Organisationen geleistet wird. Wir wollen, dass Aufgaben, Mittel
728 und Befugnisse sowie Personalausstattung und -struktur des Verfassungsschutzes
729 grundlegend durch eine unabhängige Kommission evaluiert und dabei auch Vorschläge zur
730 Abschaffung des behördlich organisierten Verfassungsschutzes geprüft werden.

731
732 In der digitalen Gesellschaft entfaltet sich Freiheit zunehmend im Netz als Ort auch von
733 Meinungsbildung und Diskussion. **Das „Recht auf Internet“ als Auftrag öffentlich**
734 **garantierter Daseinsvorsorge** ist an ein Gebot der grundsätzlichen Gleichbehandlung aller
735 Datenpakete (Netzneutralität) und einen wirksam Schutz der Vertraulichkeit zu koppeln. Die
736 sächsische SPD lehnt eine anlasslose, systematische Kontrolle des Netzes, die technisch
737 ohnehin fragwürdige Verpflichtung von Providern zu Netzsperrern oder ein Verbot von
738 Anonymisierungsdiensten ab; auch Netzbetreibern ist eine Inhaltskontrolle durch Gesetz zu
739 untersagen. Ein umfassender nachrichtendienstlicher Zugriff auf die Kommunikation im
740 und über das Netz ist eine Bedrohung von Freiheit und Demokratie auch dann, wenn
741 Aktivitäten ausländischer Dienste lediglich geduldet werden. Die Zugriffsbefugnisse
742 sächsischer Sicherheitskräfte sind mit der gebotenen Grundrechtssensibilität nur bei
743 überwiegenden Präventions- oder Verfolgungsbelangen wahrzunehmen, ihre
744 Wahrnehmung ist systematisch zu dokumentieren und nach Art und Umfang jährlich in
745 einem „Internetbericht“ an den Landtag transparent zu machen.

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

746

747 Die sächsische SPD unterstützt die Bestrebungen zur Verbesserung des Datenschutz in
748 Europa – auch wegen des Zieles, die informationelle Selbstbestimmung der Einzelnen im
749 Netz und bei sozialen Netzwerken auch gegenüber Unternehmen aus Drittstaaten
750 durchzusetzen, Kinder und Jugendliche besser zu schützen und die technischen
751 **Voraussetzungen für ein verbesserte Lösungsrechte („Recht auf Vergessen“) zu schaffen.**
752 Wir befürworten eine Modernisierung des Urheberrechts, die neue digitalen
753 Nutzungspraktiken mit den berechtigten Schutzbelangen von Kreativen, Urhebern und
754 ihren Partner in einen fairen und gerechten Ausgleich bringt und dabei Rechtssicherheit
755 auch für neue Geschäfts- und Nutzungsmodelle schafft; einen Verzicht auf den Schutz des
756 geistigen Eigentums zugunsten einer unbeschränkten Nutzerfreiheit lehnen wir ab.

757

758 Qualitativ hochwertige, unabhängige und kritische politische Information in gesicherter
759 Meinungsvielfalt werden in einer unübersehbaren Flut von Informationsangeboten im Netz
760 immer wichtiger. Die Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen
761 Medienangebotes durch starke, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gilt für uns gerade
762 **auch im Onlinebereich als „dritter Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen; er ist zu einem**
763 **werbefreien, zeitlich unbegrenzten Vollangebot auszubauen.** Dabei müssen
764 Unabhängigkeit und Binnenpluralismus des beitragsfinanzierten Rundfunks gesichert
765 bleiben.

766

767

768 IX. Ein demokratisches Sachsen in einem demokratischen Europa

769

770 Die Institutionen der EU sind für zu viele Bürgerinnen und Bürger so unübersichtlich
771 geworden, dass sie sie nicht mehr verstehen. Europa wird für die Gestaltung unserer
772 Gesellschaft und unseren Alltag immer wichtiger, und zugleich schwindet die Akzeptanz für
773 Europa: Die Menschen empfinden Europa als weit weg. Dort glauben sie am wenigsten, mit
774 ihrer Stimme als Wähler etwas ausrichten zu können. Dabei ist die Europäische Union neben
775 vielen anderen ihrer Funktionen ein demokratisches Projekt; ohne demokratische
776 Legitimation könnte sie diese anderen Funktionen nicht erfüllen. Viele reden vom
777 Demokratiedefizit und erkennen aus nachvollziehbaren Gründen nicht, dass Demokratie in
778 Europa nur anders funktionieren kann als auf nationaler oder kommunaler Ebene.

779

780 Demokratische Erneuerung in Sachsen bedeutet daher auch Werben für Europa. Die
781 Faszination der europäischen Idee muss wieder sichtbar werden: Die Faszination der Idee,
782 nach der bisher kriegerischen menschlichen Geschichte mit und in Europa einen Ort zu
783 schaffen, an dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen, der Stabilität in die Welt
784 exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale,
785 nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie selbst am besten kann. Ein
786 solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu
787 Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Europa als Raum der Freiheit, der

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

788 Sicherheit und des Rechts nützt auch der Demokratie in Sachsen, es ist ihre konsequente
789 Ergänzung auf der europäischen Ebene. Werben für Europa bedeutet aber auch,
790 unbestreitbare Probleme aus Freizügigkeit und Grenzöffnung anzugehen. Insgesamt
791 überwiegt der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger Sachsens bei weitem die nicht zu
792 leugnenden Probleme.

793
794 Wir wollen in Sachsen und aus Sachsen unsere Rechte als Bürgerinnen und Bürger Europas
795 wahrnehmen und stärken. Mit dem Lissabonner Vertrag und der daraus resultierenden
796 Reform des Grundgesetzes sind dem Freistaat Befugnisse und Möglichkeiten zugewachsen,
797 sich an der politischen Meinungsbildung in Europa zu beteiligen, Initiativen über den
798 Bundesrat und die Bundesregierung nach Europa zu tragen und darauf zu achten, dass
799 Europa auch wirklich nur das regelt, was auf der Europäischen Ebene zu regeln und dort gut
800 aufgehoben ist. Das Ergebnis ist zusätzliche Arbeit für Regierung und Landtag, aber von dem
801 Instrumentarium wird bisher zu wenig Gebrauch gemacht. Sachsen ist durch mehrere
802 Delegierte im Ausschuss der Regionen vertreten; was da geschieht und wer dort warum
803 etwas beschließt, erfahren die Sächsinnen und Sachsen nie.

804
805 Die Demokratie im Staatenverbund der Europäischen Union kann derzeit noch nicht Abbild
806 nationaler Demokratie sein. Als Staatenverbund ist die Europäische Union gegenwärtig nur
807 begrenzt demokratisch legitimiert. Der nationale Strang führt vom Bundestag und
808 Bundesregierung zum Europäischen Rat. Der europäische Strang führt zum Europäischen
809 Parlament. Es wird vom Volk gewählt und hat inzwischen auch zumindest die Möglichkeit,
810 die Kommission zu bestätigen oder abzulehnen. Es bleibt aber Raum für mehr Demokratie
811 in Europa. Wir wollen das Europäische Parlament bei allen Entscheidungen stärken und den
812 Mitgliedern des Parlaments ein eigenes Initiativrecht geben. Wir wollen, dass der
813 Kommissionspräsident in Zukunft vom Volk gewählt wird. Wir wollen, dass das Volk
814 Europas nicht nur die Gesetzesinitiative, sondern auch ein Volksbegehren und einen
815 Volksentscheid bekommt. Diese Verfahren können in Stufen eingeführt werden und wir
816 wollen prüfen, wie sie sich bewähren. Doch das Ziel soll sein, dass auch die direkte
817 Demokratie in Europa und auf der europäischen Ebene Einzug hält. Wir unterstützen jeden
818 Reformprozess, der die Europäische Union demokratischer, transparenter, gerechter und
819 effizienter macht.

820
821 Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und
822 Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und
823 Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial
824 verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen
825 Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global
826 durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-,
827 Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich des Umwelt- und
828 Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.
829

Leitantrag

Antrag L 01

830

831 X. Echte Demokratie ist Soziale Demokratie

832

833 Der Blick in alle alltäglichen Lebenswelten – in den Bildungsbereich, die Kommunen, den
834 Arbeitsplatz, das gesellschaftliche Umfeld – zeigen: Demokratie und soziale Gerechtigkeit
835 bedingen einander. Nur in einer Demokratie, also in einem Umfeld gleicher politischer
836 Teilhabe, kann sich soziale Gerechtigkeit sowie Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen.
837 Demokratie benötigt als Fundament die politische Gleichheit ihrer Bürgerinnen und Bürger.
838 Doch die formale Gleichheit allein reicht nicht aus. Erst wenn in einer Gesellschaft auch der
839 soziale Ausgleich funktioniert, kann jeder Mensch seine Rechte auch wirklich wahrnehmen.

840

841 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns sicher: Die Grundlage und
842 gleichzeitig das Ergebnis einer funktionierenden, also lebendigen und gelebten Demokratie
843 ist soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Die Möglichkeit zum politischen Mitdiskutieren,
844 Mitmachen und Mitentscheiden darf nicht vom Geldbeutel, vom Bildungsniveau, von dem
845 zugewiesenen sozialen Geschlecht oder vom Aufenthaltsstatus abhängen. Wenn sich
846 Menschen ausgegrenzt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen, dann drohen sie
847 sich auch von der demokratischen Gesellschaft zu verabschieden. Das zu verhindern muss
848 das Ziel aller politischen Kräfte sein.

849

850 Maßnahmen gegen die soziale Spaltung sind deshalb gleichzeitig Maßnahmen für eine
851 Stärkung der Demokratie. Sozialer Wohnungsbau, mehr Steuergerechtigkeit, ein gutes
852 Bildungssystem, gesetzlicher Mindestlohn, eine gute Integrationspolitik oder die gerechtere
853 Verteilung von Vermögen – all das trägt dazu bei, dass unsere Gesellschaft sozial gerechter
854 und damit auch demokratischer wird.

855

856

857 XI. Demokratieoffensive Sachsen

858

859 Für die hier beschriebene Erneuerung der Demokratie in Sachsen brauchen wir eine
860 Demokratieoffensive für unser Land. Wir wollen ein Sachsen, in dem jede Stimme zählt und
861 zwar nicht nur alle fünf Jahre beim Gang ins Wahllokal. Wir wollen ein Sachsen, das von den
862 Menschen gemeinsam gestaltet wird. Ein Sachsen, in dem staatliche und politische
863 Institutionen Partner der Gesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger sind. Ein Sachsen,
864 das sich seinen Herausforderungen gemeinsam mutig stellt und sie mit Engagement,
865 Offenheit und Ideenreichtum bewältigt.

866

867 Bei dieser Demokratieoffensive geht die sächsische SPD Sachsen selbst an der Spitze voran.
868 Wir haben dies in den letzten Jahren schon getan. Bei der Beratung der Anträge zu unseren
869 Parteitag werden alle Parteimitglieder und auch interessierte Nichtmitglieder am
870 Willensbildungsprozess beteiligt. Bei der Verfassungsänderung zur Schuldenbremse haben

SPD Landesverband Sachsen außerordentlicher Landesparteitag	12. Oktober 2013 Annaberg-Buchholz
Leitantrag	
Antrag	L 01

- 871 wir als einzige Partei einen Mitgliederentscheid durchgeführt. Wir haben diese wichtige
872 Frage basisdemokratisch entschieden.
873
874 Wir wollen weiter daran arbeiten, auch unsere Beteiligungsformen fortzuentwickeln. Jede
875 Stimme zählt, auch in der SPD. Das ist uns wichtig.